

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KJFG/005/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Kinder, Jugend, Familie u. Gleichst.	Dienstag, 18. Mai 2004	FrauenNetzWerk, Immermannstr. 19	17:00Uhr	19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Informationen
 - 4.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2003
Vorlage: I0118/04
 - 4.2 Bilanz des Dezernates Soziales, Jugend und Gesundheit - Jahr 2003
Vorlage: I0141/04
- 5 Stellungnahme
 - 5.1 Erstellung eines kommunalen Präventionskonzeptes in Anlehnung an den Aktionsplan der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung
Vorlage: S0052/04 in **Selbstbefassung**

6 Verschiedenes

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Jürgen Becker

Frau Bärbel Bühnemann

Stadträtin Regina Frömert

Stadtrat Jürgen Gödecke

Herr Christian Hausmann

Stadtrat Olaf Meister

Stadtrat Johannes Rink

Entschuldigt:

Stadträtin Dagmar Huhn

Frau Brigitte Meyer

Stadtrat Wolfgang Schmicker

Anwesenheit aus der Verwaltung:

Frau Editha Beier, Aln 16

Frau Bröcker, Bg V

Herr Pischner, Behinderten-BA

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Meister eröffnete in Vertretung der Vorsitzenden, Frau Huhn, die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Aln 16 informierte, dass der Seniorenbeauftragte, Herr Nuglisch, sich für die KJFG-Sitzung entschuldigt hat. Die StadträtInnen einigten sich darauf, den TOP 4.3 "Jahresbericht des Seniorenbeauftragten des Jahres 2003" zu vertagen (wird in der Juni-Sitzung behandelt).

Die Abstimmung zur Tagesordnung ergab folgendes:

Abstimmung: 5/0/0

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der KJFG-Sitzung vom 20. April 2004 wurde genehmigt.

Abstimmung: 4/0/1

4. Informationen

4.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2003 Vorlage: I0118/04

Zu diesem TOP erschien der Behindertenbeauftragte, **Herr Pischner**. Er stellte sehr ausführlich die Information vor:

- Bundesgleichstellungsgesetz - Barrierefreiheit Schwerpunkt.
- Gesundheitsreform - hier sind die Behinderten besonders von betroffen, da ein sehr hoher medizinischer Betreuungsbedarf. Z. B. die stationäre Unterbringung muss voll bezahlt werden.
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist noch nicht richtig geklärt bzw. wird nicht immer in Anspruch genommen.
- Arbeitsmarktreform, besonders betroffen sind Langzeitarbeitslose durch Hartz IV.

Des Weiteren informierte er nochmals über die im letzten Jahr stattgefundene Konferenz mit behinderten Frauen und Mädchen (mit Amt 16 initiiert). Hier ist es leider nicht gelungen, diesen Prozess zu verfestigen durch Bildung einer AG oder ähnl. Hier sind die Behinderten selbst aufgerufen.

Frau Beier: Sie bedauerte es auch, dass aus der Konferenz keine weiteren Aktivitäten der Betroffenen hervorgegangen sind. Auch auf einer Landestagung war der Bedarf vorhanden, aber auch dort hat sich keine Gruppe von Frauen konstituiert.

Besonders für Frauen und Mädchen ist es schwierig, über intime Fragen bzw. Fragen von Gewalt betroffenen Frauen mit dem Behinderten-BA zu sprechen. Sie schlug vor, in einem

bestimmten Zeitraum, vielleicht 1/4 Jahr, in der Stadt-AG einen TOP zu aktuellen Problemen, die Frauen und Mädchen betreffen, aufzunehmen.

Herr Pischner nahm diesen Vorschlag auf.

Frau Frömert: Sie erinnerte auch noch einmal an die Tagung der Frauen und Mädchen mit Behinderung im Rathaus am 7. 3. 2003 und verwies darauf, dass hier einige Betroffene gesprochen hätten, deren Bedarfe gehört und umgesetzt wären und diese Bedarfe sollten nicht unbeantwortet bleiben. Behinderten sollen gleichberechtigt mit allen leben und wohnen. Sie verwies aber auch auf die Verantwortung der StadträtInnen und sprach die integrative Betreuung bei Übergabe an freie Träger an.

Frau Bröcker: Das Land hat die Finanzierung der behinderten Kinder neu geregelt, aber nicht abgeschlossen. Deshalb sind die integrativen Einrichtungen noch nicht übertragen. Die Stadt hat gegen KiBeG geklagt und Recht bekommen. Hier gibt es noch Handlungsbedarf.

Herr Meister: Er betonte, dass es besonderen Handlungsbedarf in der Volkshochschule gibt. Diese sollte z. B. besser begehbar und auch für RollstuhlfahrerInnen befahrbar gemacht werden. Auch an der Straßenbahndestelle Kroatenweg zur Erreichbarkeit des Dezernates V muss etwas verändert werden.

Frau Bröcker: Sie ist für eine Veränderung der Haltestelle Kroatenweg.

Herr Hausmann: Er fragt an, ob der historische Stadtrundgang behindertengerecht gestaltet wurde. **Herr Pischner:** Er konnte das mit ja und nein beantworten. Die wesentlichsten Sehenswürdigkeiten sind zu erreichen, aber trotzdem ist das oft schwierig.

Herr Meister: Er fragte nach einer Prioritätenliste für noch zu lösende Fragen, was vorrangig erledigt werden sollte. **Frau Frömert:** Der Stadtrat sollte im nächsten Jahr Veränderungen herbeiführen; auflisten, was erreicht werden soll.

Herr Meister: Er schlug vor, in der KJFG-Sitzung am 15. Juni 2004 die Problematik "Prioritätenliste" auf die Tagesordnung zu setzen und eventl. Antrag stellen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

4.2. Bilanz des Dezernates Soziales, Jugend und Gesundheit - Jahr
2003
Vorlage: I0141/04

Die Beigeordnete V, **Frau Bröcker**, stellte die Schwerpunkte der Ämter/Stabsstellen des Dezernates V vor, z. B:

- Initiierung einer Interventionsstelle für Opfer häuslicher Gewalt.
- Qualitätsmanagement im Bereich der Kindertageseinrichtungen.
- Fortführung der Schulsozialarbeit (nur noch drei Stellen).
- Haushaltskonsolidierung im Bereich der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen mit einer Million EUR Einsparung.
- Gesunde Städtenetzwerk.

- Sonderprogramm "Jump Plus" soll Jugendlichen unter 25 Jahren, die Sozial- bzw. Arbeitslosenhilfe und ggf. ergänzende Sozialhilfe beziehen, den Einstieg in Beschäftigung und Qualifizierung ermöglichen.
- Programm "Arbeit für Langzeitarbeitslose".
- Gesundheitsbericht 2000/2001.
- "Tag der seelischen Behinderung" und Entwicklung eines einheitlichen Instrumentariums zur individuellen Hilfeplanung für Menschen mit psychischer Erkrankung.
- Gemeinwesenarbeit - Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit.

Im Zusammenhang mit der Diskussion zur Situation der Schulsozialarbeit bedauerte **Frau Frömert** die Auflösung des Runden Tisches gegen Gewalt und fragte nach den Auswirkungen. **Frau Bröcker** meinte, dass das im Moment noch nicht festgestellt werden kann, da es erst kurze Zeit her ist. Aber auch sie stimmt die hohe Abgängerquote ohne Schulabschluss bedenklich..

Auf die Frage von **Herrn Hausmann** zum Kinder- und Psychiatrischen Dienst erklärte **Frau Bröcker**: Der Kinder- und Psych. befindet sich in der Uni-Klinik, Wechsel nach Olvenstedt ist geplant, dadurch wird die Platzzahl erhöht. Zurzeit gibt es für die unter 16-jährigen keine Möglichkeit, nachts untergebracht zu werden, sie werden nach Uchtspringe gefahren.

Frau Beier ging kurz auf den "Endbericht März 2004 - Evaluation offener Jugendarbeit in Magdeburg 2003/2004" der HS Magdeburg-Stendal, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, zur Problematik "Weiberkiste" ein. Sie würdigte die bisher geleistete Arbeit in der "Weiberkiste", auch für ausländische Frauen und Mädchen. Aber auch hier gibt es noch Handlungsbedarf. **Frau Bröcker** meinte, dass in diesem Bericht diese Problematik nicht richtig dargestellt wird. Ein Konzept wird erarbeitet.

In diesem Zusammenhang fragte **Frau Frömert** an, ob die Entscheidung richtig war, den Aussiedlertreff in Olvenstedt zu schließen. Daraufhin erwiderte **Frau Bröcker**, dass an einem Integrationskonzept gearbeitet wird. Den Zuwanderern und Aussiedlern ist noch größeres Augenmerk zu widmen. Die vorhandenen Einrichtungen sollten sich dieser Thematik öffnen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

4.3. Jahresbericht des Seniorenbeauftragten des Jahres 2003 Vorlage: I0151/04

Da der Seniorenbeauftragte, Herr Nuglisch, aus Termingründen nicht anwesend war, wurde der Information auf die KJFG-Sitzung am 15. Juni 2004 vertagt.

5. Stellungnahme

5.1. Erstellung eines kommunalen Präventionskonzeptes in Anlehnung an den Aktionsplan der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung Vorlage: S0052/04

Die Stellungnahme wurde in **Selbstbefassung** behandelt.

Frau Beier meinte auf die Stellungnahme eingehend, dass diese nicht die gänzliche Breite des "Aktionsplanes der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung" trifft. In diesem Zusammenhang übergab sie den Anwesenden Fragen zur Erarbeitung eines kommunalen Präventionskonzeptes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung einen Fragekatalog zur Kenntnis (s. Anlage). Sie machte deutlich, dass es zwar einen Rückgang der Kriminalität gibt, aber einen Anstieg bei der sexualisierten Gewalt.

Herr Meister: Die Stellungnahme erfasst nicht das, was gewollt wird. Hier wird aufgelistet, wie die Stadt damit umgeht, aber Prävention ergibt sich nicht.

Frau Bröcker: Prävention kostet Geld. Jugendamt und freie Träger leisten das, was sie tun können. Öffentlichkeitsarbeit könnte noch erweitert werden. Auch der JHA befasst sich noch im Mai mit dieser Stellungnahme. Das Thema sexualisierte Gewalt wird häufig im JHA behandelt. Die Frage ist, was können wir besser machen, ohne mehr Geld und Personal?

Frau Beier: Wir sollten versuchen mehr zu machen. Die Stadt muss in diesem Bereich Prioritäten setzen, auch um die geschlechterorientierten Ansätze zu verbessern. Die ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten der Stadtverwaltung schlugen vor, dass Bemühungen unternommen werden sollten, Magdeburg zu einer familienfreundlichen Stadt zu machen.

Herr Meister beendete an diesem Punkt die Diskussion und warf ein, ob vielleicht der Antrag zu allgemein formuliert war. Der Jugendhilfeausschuss wird sich am 27. 5. 2004 mit der Problematik befassen.

6. Verschiedenes

Es gab keinen Diskussionsbedarf.

Nichtöffentliche Sitzung

Es fand keine nichtöffentliche Sitzung statt.

Die nächste Sitzung des KJFG-Ausschusses findet am **15. Juni 2004**, 17:00 Uhr, im FrauenNetzWerk, Immermannstr. 19, mit folgender vorläufiger Tagesordnung statt:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Informationen
- 5.1 Jahresbericht des Seniorenbeauftragten des Jahres 2003

I0151/04

- 6 Endbericht März 2004 "Evaluation offener Jugendarbeit
in Magdeburg 2003/2004"
- 7 Was heißt Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen
und welche Prioritäten ergeben sich für die Landeshauptstadt
Magdeburg
- 8 Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Verschiedenes

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Olaf Meister
Stellv. der Vorsitzenden

Marlies Henze
Schriftführerin

Anlage

18. 5. 2004

Fragen zur Erarbeitung eines kommunalen Präventionskonzeptes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung

Zur sach- und fachgerechten Erarbeitung bedarf es einer entsprechenden Analyse. Es ergeben sich darum folgende Fragen:

- Wie hoch ist die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, aufgeschlüsselt nach Alter und Geschlecht, die von sexueller Gewalt betroffen sind/bzw. von Ausbeutung/Prostitution?

- Wie hoch ist der Anteil der jugendlichen Täter, die Sexualdelikte begangen haben (geschlechtsspezifisch)?

- Welche Therapieangebote gibt es für diese Tätergruppe (geschlechtsspezifisch)?

- Wie häufig geschieht Missbrauch durch bzw. in Institutionen?

- Welche Maßnahmen gibt es im präventiven Bereich zum Schutz vor sexueller Gewalt und Ausbeutung?

a) in Familien, differenziert nach deutschen und ausländischen Familien

b) in Schulen und

c) in Beratungsstellen

- Wie wird Öffentlichkeitsarbeit betrieben und welche Materialien gibt es zu dieser Thematik?

- Gibt es ausreichend Therapieangebote nach erfolgter sexueller Gewalt?

- Gibt es Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind (geschlechtsspezifisch)?

- Gibt es ein Programm für Kinder und Jugendliche bzw. junge Erwachsene zum Ausstieg aus der Prostitution?

- Welche Möglichkeiten werden gesehen vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung

in Bezug auf die Bekämpfung von Kinderprostitution und Pornografie?